

## 1. Verpflichtung, Benachteiligungen zu verhindern

Der\*die Auftragnehmer\*in verpflichtet sich,

- 1.1. die bundes- und landesrechtlichen Bestimmungen über allgemeine Benachteiligungsverbote, insbesondere das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, zu beachten,
- 1.2. ihren\*seinen Arbeitnehmer\*innen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu zahlen. Tarifvertragliche Regelungen bleiben davon unberührt.

## 2. Übertragung der Verpflichtung auf die eingesetzte Unterauftragnehmerkette

- 2.1. Der\*die Auftragnehmer\*in verpflichtet sich, seine Unterauftragnehmer\*innen und/oder Verleiher\*innen von Arbeitskräften zur Einhaltung der Verpflichtung nach der vorstehenden Nummer 1 zu verpflichten.
- 2.2. Der\*die Auftragnehmer\*in verpflichtet sich, ihre\*seine Unterauftragnehmer\*innen und/oder Verleiher\*innen von Arbeitskräften zu verpflichten, mit etwaigen Unterauftragnehmer\*innen eine Vereinbarung nach 2.1. zu treffen, so dass die Einhaltung der Vorgaben für die gesamte Unterauftragnehmerkette sichergestellt ist.
- 2.3. Ein\*e Unterauftragnehmer\*in und/oder Verleiher\*in von Arbeitskräften ist zur Einhaltung der Vereinbarungen nicht zu verpflichten, wenn
  - 2.3.1. der betreffende Unterauftrag vergaberechtsfrei ist im Sinne der §§ 107, 109, 116, 117, 137, 140 sowie 145 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen,
  - 2.3.2. der\*die Auftragnehmer\*in bzw. der\*die weitervergebende Unterauftragnehmer\*in die Vertragsbedingungen der\*des Unterauftragnehmer\*in anerkennen muss, um die Leistung erfüllen zu können,
  - 2.3.3. der betreffende Unterauftrag im Fall einer Liefer- oder Dienstleistung den Wert von 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) oder im Fall einer Bauleistung den Wert von 50.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) unterschreitet.
- 2.4. Der\*die Auftragnehmer\*in hat über die Übertragung der Verpflichtung nach 2.1 und 2.2 bzw. über das Vorliegen einer Ausnahme nach 2.3 auf Anforderung einen Nachweis zu erbringen.
- 2.5. Verstößt ein\*e Unterauftragnehmer\*in oder Verleiher\*in von Arbeitskräften der\*des Auftragnehmer\*in gegen seine nach 2.1 und 2.2 vereinbarten Verpflichtungen nach 1., so werden diese dem\*der Auftragnehmer\*in zugerechnet.

### **Hinweis:**

Die Vertragsbedingungen über Sanktionsmöglichkeiten im Falle eines Verstoßes ergeben sich aus Teil B.